

Die Frage nach dem «Genug» stellen

Mathias Weis von der Uni St. Gallen (HSG) hat in Sargans über die Grenzen des Wachstums gesprochen. Der Ökonom plädierte für eine Abkehr von der Vorstellung unbegrenzter Zuwächse.

Von Reinhold Meier

Sargans. – Wer vom HSG-Doktoranden – zumal in der aktuellen Krise – die üblichen ökonomischen Alltagsrezepte erwartet hatte, durfte sich spätestens ab der Mitte seines einstündigen Vortrags verwundert die Augen reiben. Denn statt einen Ausweg aus der Talsohle durch neues Wachstum zu prognostizieren, wies der Mann vom Institut für Wirtschaft und Ökologie darauf hin, dass es ein solches in der bisher gewohnten Weise und vor allem auf Dauer wohl nicht geben werde. «Wer an ewiges Wachstum glaubt, ist entweder verrückt oder Ökonom», spitzte er mit einem Schuss Selbstironie zu.

Dabei bediente sich Weis bei seinen Ausführungen vor den rund 50 Anwesenden nicht nur mathematischer Präzision, Tabellen und Grafiken, sondern auch überaus einleuchtender Bilder. Die «Wucht des exponentiellen Wachstums» demonstrierte er etwa mit dem so genannten Jesus-Rappen. Dabei lautet die Frage: Wenn man zu Jesus Geburt einen Rappen mit fünf Prozent angelegt hätten, – wie viele Franken könnte man heute dank Zinseszins abheben?

Die Antwort überrascht nicht nur Laien. Es wären rund 270 Milliarden



Grenzen des Wachstums diskutiert: Der Vortrag des HSG-Ökonomen Mathias Weis liefert Gesprächsstoff. Bild Reinhold Meier

Goldkugeln jeweils mit dem Durchmesser der Erdballs. «Das zeigt die Absurdität des Systems», erläuterte Weis, denn es stelle sich ja die Frage, wie man einen solchen Zins real je erwirtschaften wolle. «Sie können die Erde fünfmal umgraben, und finden nicht eine einzige Erdkugel voll Gold», hielt er trocken fest.

Zwang zum Wachstum

Problematisch sei schon die Berech-

nungsgrundlage für Wachstum, das Bruttoinlandsprodukt BIP. Denn dieses beziehe sich nicht auf vorhandene Werte, sondern nur auf Zuwächse. Im Klartext: Eine Überschwemmung steigert dank der Schäden und notwendiger Aufbauleistungen das BIP. Wenn aber eine Mutter ihr Kind aus der Betreuung nimmt und selbst erzieht, sinkt das BIP, weil kein Gehalt mehr fließt, obwohl zweifellos der gleiche Wert erbracht wird. «Das BIP

spiegelt also den Wohlstand nur unzureichend», resümierte Weis.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem sei auf Gedeih und Verderb auf Wachstum angewiesen, hielt er weiter fest, denn es funktioniere nach Art eines Velofahrers: «Wenn der nicht immer weiter fährt, kippt er um». Die Alternative zu Wachstum hiesse daher Schrumpfung. Wobei die Schrumpfung immerhin zu relativieren sei. «Wenn das BIP letztes Jahr zwei Pro-

zent stieg und dieses Jahr ein Prozent sinkt, haben wir am Ende 2009 immer noch mehr Wohlstand als am Jahresbeginn 2008», rechnete er vor. Die Gesellschaft müsse sich daher wohl schon bald der Frage stellen, wohin sie wolle und wieviel Wohlstand sie anstrebe: «Wann ist genug, genug?»

Blick aufs «Ganze» schärfen

Weis kritisierte ferner, dass keine Kostenwahrheit herrsche. So würden Rohstoffe als vermeintlich unbegrenzter Zustupf von Mutter Natur auf der Habenseite verbucht, ohne dass klar sei, wie es weitergehe, wenn sie einmal zur Neige gingen. Und auch im Kleinen verborgen sich falsche Ausgleichsmechanismen: «Warum muss ein Hausbesitzer seine Schallschutzfenster selbst zahlen und nicht der Lärmherd im Auto?», fragte er.

Seine Forderungen waren denn auch klar. «Exponentielles Wachstum ist in einer begrenzten Welt auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten», resümierte Weis. Darum gelte es, künftig vor allem qualitatives Wachstum zu messen und nicht nur jenes, welches das BIP abbildet. Zudem müsste man auf eine langfristige Betrachtung der Ökonomie umstellen. «Solange man die Welt nur aus der Perspektive von Quartalszahlen betrachtet, gibt es keinen Sinn fürs Ganze», erklärte Weis.

Der Vortrag fand im Rahmen der Referatserie «Grenzen» statt, die gemeinsam veranstaltet wird von der Erwachsenenbildung Sarganserland, den Reformierten Kirchgemeinden im Sarganserland und der Katholischen Seelsorgeeinheit Sargans-Vilters-Wangs.

Der Ferienprospekt «Sommerduft» ist da

Erobern, erleben, entdecken und eintauchen lauten die Stichworte des neuen Sommerprospekts. Die Ferienregion Heidiland bezeichnet zehn Anlässe als «Top-Events».

Bad Ragaz. – Die Klassik auf der Strasse, die Triennale der Skulptur, das Quellrock Open Air, der Pizol Challenge und das Seniors Open Golfturnier sind die in Bad Ragaz beheimateten Anlässe, auf welche die Ferienregion Heidiland speziell hinweist. In den Flumserbergen locken im Sommer 2009 die Schweizermeisterschaft im Sportholzfällen, die Film- und Kulturnacht sowie das volkstümliche Schlager Open Air.

Vättis ist neu prominent vertreten

Gleich zwei Anlässe in Vättis schaffen es neu in die Liste der «Top-Events»: Es sind dies das internationale Steinbildhauersymposium Vättis und das Freilichttheater St. Martin. Beide Events starten im Juli 2009. Auf der Homepage www.heidiland.com sind aber noch viele weitere Anlässe im Sarganserland aufgelistet.

Der Sommerprospekt «Sommerduft» empfiehlt, den Alltagsgedanken zu «entklettern» und die Schönheit der Natur zu erobern, Heimat Spuren zu entdecken und in Wellnessangebote einzutauchen. Eine Spezialseite ist im druckfrischen Prospekt dem neuen Unesco-Weltkulturerbe und dem Geopark Sarganserland-Walensee-Glarnerland gewidmet. (az)

ANZEIGE



Auf der Zielgeraden zur Abstimmung

Wer gemeint hatte, dass am Podiumsgespräch der Jungsozialisten Linthgebiet-Sarganserland die Fetzen zwischen Cédric Wermuth (SP) und Lukas Reimann (SVP) fliegen würden, sah sich getäuscht. Man ging, auch wenn die Meinungen diametral auseinandergingen, pfleglich miteinander um.

Von Heinz Heuberger

Walenstadt. – Der Moderator, Andreas Graf, der sich als Befürworter outete, verbrachte einen ruhigen Abend in Walenstadt (Hotel Churfürsten). Dafür besorgt war neben den beiden «Stars» des Abends auch das zum Teil recht junge Publikum, das die Fragestunde rege benutzte. Gespannt waren wohl alle auf den Auftritt Wermuths, der als Präsident der Schweizerischen Jungsozialisten (Jusos) und als Vizepräsident der SP Schweiz wegen einer ausartenden Hausbesetzung vom letzten Wochenende ins mediale Gewitter geraten war.

Ein gebrochenes Versprechen

Wermuth erwies sich als der rhetorische begabte, scharfzüngige Debattierer, der auch vor Polemik nicht zurückschreckte. Sein Kontrahent blieb dagegen die Ruhe selbst, auch wenn er verbal einige Male in die Ecke gedrängt wurde. Für Reimann, der als Gegner der Abstimmungsvorlage das Podiumsgespräch eröffnete, geht es um die zentrale Frage, was uns die Volksrechte eigentlich noch wert seien. Die vorgelegte Paketlösung breche mit einem seinerzeit abgegebenen Versprechen des Bundesrates, dass das Volk bei jeder Erweiterung separat darüber befinden könne. Je mehr in ein Paket verpackt werde, desto unappetitlicher werde es. Dies habe schon das seinerzeit verworfene Steuerpaket gezeigt, bei dem die SP auch aus der Phalanx der Befürworter aus-



Sie haben ihre rhetorischen Talente bewiesen: Cédric Wermuth (links) und Lukas Reimann (rechts). In der Mitte der Moderator Andreas Graf. Bild Heinz Heuberger

geschert war. Für Reimann ist des weiteren klar, dass «man nur dann Arbeitskräfte ins Land holt, wenn sie auch gebraucht werden». Für Wermuth, der es sich nicht verkneifen konnte, das Referendum als gute Profilierungsmöglichkeit der jungen SVP zu bezeichnen, sind die flankierenden Massnahmen das A und O der Verträge. Ohne sie hätten sowohl die Jusos wie auch die SP nur schwerlich Ja zur Weiterführung der Verträge gesagt. Die 150 Kontrolleure, die sich um die Einhaltung der Mindestlohnvorschriften kümmern, seien zwar eher an der unteren Grenze, doch sei ihre präventive Wirkung nicht zu unterschätzen. Im Gegensatz zu Reimann ist für Wermuth klar, dass es keine zwei separaten Abstimmungen braucht.

Stufen-Regelung

Zu reden gab sodann die Frage der auf sieben Jahre festgelegten Kontingente, die stufenweise die Einwanderung für rumänische und bulgarische Landsleute regeln. Reimann wies daraufhin, dass es innerhalb der EU bereits jetzt Staaten gebe, die zum Teil rigoros die Zuwanderung aus diesen beiden Staaten beschränkten. Reimann verwies im weiteren auf das benachbarte Fürs-

tentum Liechtenstein, das als Mitglied des EWR die Zuwanderung aus allen Staaten mit festen Kontingenten regle.

Auswirkungen auf Sozialwerke

Eine weitere Frage, die auch die Zuhörer umtrieb, war die der Auswirkungen auf unsere Sozialwerke. Einigkeit herrschte hier nur bei der AHV, in die im Moment die ausländischen Mitbürger noch mehr einzahlen als beziehen.

Bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) und bei der Invalidenversicherung (IV), die jetzt schon mit Milliardenlöchern konfrontiert sind, könnte der Offenbarungseid im heutigen wirtschaftlichen Umfeld schneller als gewünscht kommen. Reimann wies darauf hin, dass beide Versicherungen schon jetzt überproportional von den ausländischen Mitwohnern beansprucht würden.

Was passiert bei einem möglichen Nein? Reimann sieht darin die grosse Chance, die beiden Pakete zu trennen. Das auch von den Gegnern der jetzigen Vorlage nicht in Frage gestellte Weiterführen der Verträge mit den 25 «alten» EU-Mitgliedern könnte dann von der Frage eines Ausdehnens auf die beiden, diffuse Ängste auslösen-

den «neuen» Mitglieder Rumänien und Bulgarien getrennt werden. Mit Verweis auf EU-Länder wie Irland oder Frankreich, die ebenfalls EU-Verträge im ersten Anlauf abgelehnt hatten und denen die EU nachher erheblich nachgebesserte Vorlagen angeboten hatte, sieht er im Fall der Schweiz durchaus auch Potential zur Nachbesserung.

Zeit für EU-Beitritt

Für Wermuth ist die Schweiz schlichtweg zu leichtgewichtig, um auf die gleiche Stufe wie ein EU-Mitglied gehoben zu werden. Für ihn, der in dieser Frage aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, wäre dann der Zeitpunkt eines Vollbeitritts zur EU gekommen.

Dass sowohl bei einem Ja wie auch bei einem Nein vieles noch im Dunkel bleibt, zeigte die recht angeregte Diskussion über mögliche Diskriminierung von Bürgern aus Drittstaaten (USA, China etc.), das Wegfallen der Inländerbevorzugung nach den Übergangsfristen, das auf das Tapet bringen von Fragen wie des Bankgeheimnisses und der Anpassung an das EU-Steuerrecht seitens der EU bei Neuverhandlungen.